

Inhalt

PRÄAMBEL	3
KLIMASCHUTZ UND ENERGIEWENDE	4
Den Weckruf verstehen: Klimawandel ist lokale Realität	4
Energiewende als Jobmotor und Stabilitätsanker	4
Konkrete Forderungen: Strukturen stärken und Beteiligung fördern	5
Leuchtturmfunktion der Kreisgebäude und nachhaltige Mobilität	5
BAUEN UND WOHNEN	5
Koordination und Flächenschutz: Schluss mit planloser Zersiedelung	5
Priorität für Innenentwicklung und nachhaltiges Bauen	5
Soziale Wohnraumoffensive und die Einheit von Arbeit und Wohnen	6
UMWELTFREUNDLICHE MOBILITÄT FÜR ALLE	6
Erfolge festigen, Lücken schließen: Infrastruktur für den Radverkehr	6
Qualität und Sicherheit: Neue Standards für Radwege	6
Stärkung des ÖPNV: Barrierefreiheit, Ausweitung und Elektrifizierung	7
Flexible Lösungen und Schienenverkehr	7
SCHULE VOR ORT	8
Qualität sichern, Teilhabe garantieren: Soziale Verantwortung an Schulen	8
Klimaresiliente Gebäude und moderne Lernumfelder	9
Schulneubau und Inklusion: Investitionen in die Zukunft	9
Berufliche Bildung und Fachkräftesicherung	10
Nachhaltiges Bauen als pädagogisches Konzept	10
INNOVATIV WIRTSCHAFTEN	10
Stärkung durch Wissenstransfer und Gründungsförderung	10
Rahmenbedingungen für eine zukunftsweise Wirtschaft	11
DER KREISHAUSHALT	11
Verantwortung und Solidarität: Der Spagat der Kreisfinanzen	11
Menschenzentrierte Investitionen und langfristige Folgen	11
Finanzielle Handlungsspielräume sichern	11
KREISKRANKENHAUS ST. ANNA – DIE NEUE ANNA	12
Bekenntnis zum Standort und bedarfsgerechte Entwicklung	12
Investitionen, Kooperationen und Notfallzentrum	12
Fachpersonal gewinnen und regionale Verankerung fördern	12
UMWELT, LANDWIRTSCHAFT UND ABFALLWIRTSCHAFT	13

Schutz der Natur: Biotope, Blühstreifen und Artenvielfalt.....	13
Zukunftsfähige Landwirtschaft - Karpfen, Kren und Kirschen klimaresilient machen	13
Gewässerschutz und Agrarwende: Nitratbelastung senken.....	14
Kreislaufwirtschaft und Abfallmanagement der Zukunft	14
JUGEND UND SOZIALES.....	15
Mehr als Pflicht: Freiwillige Leistungen als Grundpfeiler des Miteinanders	15
Prävention und Planungssicherheit: Gezielte Förderung im Sozialbereich	15
Den Staat in die Pflicht nehmen: Das Konnexitätsprinzip.....	16
Steigende soziale Lasten und Herausforderungen in der Jugendhilfe	16
Prioritätensetzung und Entlastung der Kommunen	16
DIGITALISIERUNG FÜR BILDUNG UND VERWALTUNG.....	17
Sicherheit als Grundrecht: Cyber-Resilienz durch Kooperation	17
Verwaltung neu denken: "Digital First, nicht Digital Only"	17
Chancengleichheit durch digitale Bildung	18
Digitale Teilhabe und Demokratieförderung.....	18
KATASTROPHENSCHUTZZENTRUM – FÜR SICHERHEIT UND ORDNUNG	18
Notwendige Investition in Sicherheit und Effizienz	18
Klimaresilienz und Synergien bei der Standortwahl.....	18
Multifunktionale Nutzung und Bürgerbeteiligung.....	19

PRÄAMBEL

Unsere Grundwerte für eine zukunftsfähige Heimat

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Wir, Bündnis 90/Die Grünen, stehen für ein humanes, freiheitliches und demokratisches Zusammenleben in unserem Landkreis ein. Wir stehen für eine Gesellschaft, in der Menschen verantwortungsvoll und ressourcenschonend mit ihrem natürlichen Lebensraum umgehen.

Wir stehen für eine Gesellschaft, die sich solidarisch mit den Schwachen zeigt und ihr Handeln daraufhin überprüft, ob es den nächsten Generationen eine gute Zukunft bereitet. Klimaschutz ist für uns Menschenschutz. Er ist der Schutz unserer Heimat, unserer Gesundheit, unserer Kinder und Enkelkinder. Wir denken ganzheitlich – weil alles mit allem zusammenhängt. Die Krisen unserer Zeit lassen sich nicht einzeln lösen. Eine intakte Umwelt braucht eine starke soziale Gemeinschaft. Eine blühende Wirtschaft braucht faire Löhne und nachhaltige Ideen. Eine lebendige Demokratie braucht Menschen, die mitreden, mitgestalten und mitverantworten. Die Energiewende ist nicht nur nötig, sie schafft auch gute Arbeitsplätze, finanziell gut ausgestattete Kommunen und bezahlbare Energie für alle.

Wir wollen, dass unser Landkreis Vorreiter wird – bei der Solarenergie, bei der Windkraft in Bürgerhand und bei der Wärmewende, die wir in den nächsten Jahren sozial verträglich voranbringen müssen. Eine Gesellschaft, die zusammenhält, stärkt alle und gibt Sicherheit. Deshalb setzen wir uns für bezahlbaren Wohnraum ein – auch auf dem Land, für die auskömmliche Sicherung unserer Kitas und Schulen, für die Sicherstellung der Pflege und für Löhne, von denen man leben kann. Unsere Unternehmen sollen wettbewerbsfähig sein – aber nicht auf Kosten von Menschen und Natur.

Wir setzen auf Innovation, Kreislaufwirtschaft und faire Arbeitsbedingungen, damit unser Landkreis nicht nur wirtschaftlich stark ist, sondern auch ein Ort, an dem man gerne lebt. Wir sehen Vielfalt als große Stärke: Unser Landkreis ist bunt – und das ist gut so! Wir stehen für eine liberale, weltoffene Gesellschaft, in der jeder Mensch, egal woher er kommt, wen er liebt und an was er glaubt, Respekt und Chancen erhält.

Wir laden Sie ein – zum Zuhören, Diskutieren, Mitmachen. Politik dient keinem Selbstzweck. Politik lebt vom Engagement aller und ist das, was wir gemeinsam gestalten. Deshalb wollen wir Ihre Ideen hören, Ihre Sorgen ernst nehmen und mit Ihnen Lösungen entwickeln. Ob in Bürgerräten, bei Stammtischen oder auf der Straße – Ihre Stimme zählt. Eine lebenswerte Zukunft entscheidet sich in unseren Kommunen vor Ort. Überall da, wo wir leben und unsere Heimat mitgestalten. Wir können jetzt etwas für eine humane, lebenswerte und gerechte Zukunft tun. Mit diesem Programm laden wir Sie genau dazu ein!

Ihr Kreisverband Erlangen-Höchstadt von Bündnis 90/Die Grünen

KLIMASCHUTZ UND ENERGIEWENDE

Die lokale Verantwortung annehmen

Den Weckruf verstehen: Klimawandel ist lokale Realität

Klimaschutz geht uns alle an. Die Kreistagsfraktion der Grünen setzt sich dafür ein, dieses wichtige Thema im Landkreis Erlangen-Höchstadt mutiger voranzubringen als bisher. Die Bewegung Fridays for Future ist ein Weckruf für uns alle. Niemand kann mehr ernsthaft leugnen, dass der Klimawandel durch uns Menschen verstärkt und beschleunigt wird. Die Ursache liegt in der Verbrennung fossilen Kohlenstoffs, der bei der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas als CO₂ freigesetzt wird. CO₂ entsteht beim Einsatz von Energie im Gewerbebetrieb, beim Transport von Gütern und Personen und in unseren Haushalten.

Die Folge sind zunehmend extreme Wettersituationen wie Stürme und Starkregenereignisse sowie ausgedehnte Trockenperioden. Seit 2020 hat die Anzahl extremer Ereignisse in unserem Landkreis zugenommen, sowohl Starkregen als auch massive Trockenheit, die vor allem auf dem sandigen Boden unserer Region Waldeigentümern sowie Land- und Teichwirten schwer zu schaffen macht.

Wir können für den Schutz des Weltklimas selbst aktiv werden und dürfen nicht nur auf Vereinbarungen wie das Pariser Klimaabkommen warten. Jedes Unternehmen, jede öffentliche Einrichtung und jeder Einzelne sollte Energie effizienter einsetzen und unnötigen Verbrauch vermeiden – zumal wir damit auch unseren Geldbeutel schonen. Viele praktische Dinge kann jeder einfach umsetzen, ohne auf persönlichen Komfort verzichten zu müssen.

Energiewende als Jobmotor und Stabilitätsanker

Die Energiewende mit CO₂-freier Stromerzeugung und effizientem Energieeinsatz ist aktiver Klimaschutz. Sie macht uns unabhängig von Energieimporten und sichert langfristig stabile Energiepreise, denn Sonne und Wind stellen keine Rechnung. Die Beratungsangebote des Landkreises wurden ausgebaut und werden von den Kommunen genutzt. Der Landkreis kann Taktgeber sein und mit mehr Mut und neuen Ideen als Vorbild vorangehen.

Die Zusammenarbeit mit der Energiewende Erlangen e.V. ist deutlich zu erweitern und zu verstärken. In der Metropolregion Nürnberg und in unserem Landkreis finden wir hervorragende Forschungseinrichtungen, viele mittelständische Firmen und Weltkonzerne, die sich mit Klimaschutz, Energiewende und Mobilitätskonversion beschäftigen. Sie brauchen gut ausgebildete Mitarbeiter, um Zukunftsaufgaben zu bewältigen.

Die globale Nachfrage nach grünen Technologien wird steigen, da es volkswirtschaftlich billiger ist, jetzt in Klimaschutz, Energiewende und Ressourcenschonung zu investieren, als nachfolgende Generationen mit immensen Folgekosten zu belasten. Die regionale Strom- und Wärmeerzeugung bringt finanzielle Vorteile durch neue Unternehmen, Gewerbesteuern, Arbeitsplätze und Bürgerbeteiligungsmodelle. Schon 2012 hat der Landkreis ein Klimaschutzkonzept erstellt. Die Klimaschutzmanager stoßen Maßnahmen an. Viele Bürgerinnen und Bürger haben mit Wärmepumpen oder Photovoltaik gehandelt oder sich in Initiativen organisiert. Dennoch ist die Bilanz nicht ausreichend. Die CO₂-Reduktion muss verstärkt werden, Klimaanpassung bei Projekten mitgedacht werden.

Konkrete Forderungen: Strukturen stärken und Beteiligung fördern

Die Grünen im Kreistag fordern die Stärkung der Klimaschutzstrukturen im Landkreis durch deutliche personelle Aufstockung des Klimaschutzreferats, Beratung und Unterstützung der Städte und Gemeinden bei Energiewende und Klimaschutz sowie frühzeitige Einbindung von Klimamanagerinnen in Projekte und Bauvorhaben. Sie fordern Zusammenarbeit und Bürgerbeteiligung durch Information und Motivation der Kommunen zu Klimaschutzprogrammen und Fördermöglichkeiten, stärkere Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen, Förderung von Bürgerenergiegenossenschaften für lokale Wertschöpfung und transparente Vernetzung zwischen Bürgern, Kommunen und Versorgern.

Leuchtturmfunktion der Kreisgebäude und nachhaltige Mobilität

Zur energetischen Sanierung und Eigenstromerzeugung fordern sie schnelle Sanierung aller Kreisgebäude, Ausstattung mit Photovoltaik und Speichern, Wärmepumpen bei Neubau und Sanierung, PV-Anlagen auch an Fassaden und über Parkplätzen mit Ladeinfrastruktur sowie Prüfung einer Kreisenergiegesellschaft. Für nachhaltige Gebäudetechnik fordern sie energieeffiziente Technik und CO₂-sparende Anlagen sowie kreiseigene Flächen für Bürgerprojekte. Bei nachhaltiger Mobilität fordern sie Umstellung des Kreisfuhrparks auf E-Mobilität, Ausbau des Radwegenetzes und Stärkung des ÖPNV, besonders im ländlichen Raum. Für nachhaltige Energieerzeugung und Wärmewende fordern sie Zulassung nur nachhaltiger Anlagen, soziale Gestaltung der Wärmewende durch Beratung, Vernetzung und Sicherstellung sozialer Gerechtigkeit.

BAUEN UND WOHNEN

Flächen schützen, Ortskerne beleben, Wohnen bezahlbar machen

Koordination und Flächenschutz: Schluss mit planloser Zersiedelung

Der Landkreis soll Struktur- und Bauleitplanung koordinieren und leiten. Wir möchten den Städten und Gemeinden im Landratsamt fachkundigen Rat anbieten, damit sie ihre Flächennutzungspläne aufeinander abstimmen können. Hierdurch lassen sich gemeinsame Ressourcen effizient nutzen und die Wirtschaft im Landkreis gezielt stärken. Grundsätzlich ist die Natur zu bewahren. Es soll darauf hingewirkt werden, dass einzelne Flächen brachgelegt und der Natur zurückgegeben werden. Die Vernetzung natürlicher Lebensräume gilt es voranzutreiben. Die ungebremste, planlose Zersiedelung der Landschaft ist zu stoppen.

Priorität für Innenentwicklung und nachhaltiges Bauen

Es sollen vielmehr die bestehenden örtlichen Strukturen gestaltet und verbessert werden. Die Stärkung und gegebenenfalls Modernisierung der Ortsmitte hat Vorrang. Ausufernde Neubaugebiete am Ortsrand werden dadurch vermeidbar. Gewerbegebiete sollen sich an den Verkehrsachsen ausrichten, um unnötigen Verkehr zu vermeiden. Im Idealfall sind diese in den Ort integriert. Sie sollen nicht aus großflächigen Flachbauten bestehen. Eine Überbauung soll gefördert werden, um den Flächenverbrauch zu reduzieren.

Generell sind Ausbau und Sanierung gegenüber Abbruch und Neubau im Sinne von Klimaschutz und Nachhaltigkeit vorzuziehen, denn jeder Abbruch mit Neubau führt bei vergleichbarem Bauvolumen zu mehrfach höheren Emissionen von CO₂-Äquivalenten als klug geplante Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen. Durch nachhaltiges Bauen nach DGNB werden Ressourcen gespart, Umweltschäden und Emissionen reduziert sowie Kosten kurz- und langfristig gesenkt.

Soziale Wohnraumoffensive und die Einheit von Arbeit und Wohnen

Wir lassen nicht zu, dass Wohnen zum Privileg wird. Mit sozialem Wohnungsbau und Wohnungsbaugenossenschaften machen wir das Wohnen im Landkreis wieder bezahlbar. Arbeit und Wohnen sollen wieder zusammengebracht werden. Der beste Autoverkehr ist der, der nicht stattfindet. Die regionalen Strukturen zeigen, ähnlich denen des öffentlichen Personennahverkehrs, eine starke Neigung nach Erlangen, Herzogenaurach und Forchheim. Dorthin, wo es viele Arbeitsplätze gibt, fahren auch entsprechend viele Autos auf den Straßen. Im Sinne einer gesunden Ausgewogenheit sollen mehr Wohngebiete näher an den Arbeitsplätzen realisiert werden. Umgekehrt ist die Schaffung von Arbeitsplätzen im näheren Umfeld der Wohngebiete zu fördern. So kann nicht nur Platz, sondern auch viel Geld und Zeit gespart werden, die sonst auf der Strecke bleiben. Gewerbegebiete in jedem noch so kleinen Dorf sind dabei zu vermeiden. Hier sollen Kleinzentren oder ortsübergreifende, gemeinsame Flächenausweisungen Vorrang erhalten.

UMWELTFREUNDLICHE MOBILITÄT FÜR ALLE

Die Verkehrswende vor Ort gestalten

Erfolge festigen, Lücken schließen: Infrastruktur für den Radverkehr

Seit der letzten Kreistagswahl haben sich in Erlangen-Höchstadt viele positive Entwicklungen ergeben. Im Bereich Mobilität können wir beispielsweise den Ausbau der Radwege insbesondere im Süden und Osten des Landkreises nennen, aber auch den dichteren Takt auf unseren Regionalbuslinien und die zunehmende Verbreitung der Elektromobilität. Als Landkreis sind wir für die Kreisstraßen und die zugehörigen Rad- und Fußwege zuständig. Bei Bus und Bahn sind wir verantwortlich für ortsübergreifende Buslinien wie unsere landkreisübergreifenden Regionalbuslinien 201, 205 oder 209, die wir als Linienbündel in der Regel für einen Zeitraum von etwa zehn Jahren ausschreiben. Durch die Struktur dieser Linienbündel können sich auch kleinere regionale Unternehmen auf den Betrieb bewerben. Da öffentlicher Nahverkehr sehr selten kostendeckend zu betreiben ist, trägt der Landkreis das Defizit dieser Buslinien. Nach dem Ausbau der Radwege im Süden und Osten unseres Landkreises muss dieser Ausbau nun im Nordwesten fortgesetzt werden, um die bestehenden Lücken im Radwegenetz zu schließen.

Qualität und Sicherheit: Neue Standards für Radwege

Neben dem weiteren Ausbau des Radwegenetzes müssen bestehende Radwege auch bei Instandhaltungsarbeiten verbessert werden. Daher setzen wir bei der Erneuerung von bestehenden Radwegen künftig bestimmte Mindeststandards um und passen diese Radwege, wo immer möglich, an aktuelle Normen an, etwa indem wir sie verbreitern.

Zusätzlich wird bei älteren Radwegen ohne ausreichenden Unterbau im Zuge von Sanierungen ein Wurzelschutz nachgerüstet, um langfristig Schäden an den Wegen zu verhindern. Um die Sicherheit von Radwegen zu erhöhen, erhalten sie künftig ähnlich wie Straßen Markierungen für den Fahrbahnrand. Wo Radwege stark befahren sind oder als Zubringer zum Bus, zur Straßenbahn oder zum Regionalverkehr der Bahn dienen, stattet wir sie mit adaptiver Beleuchtung aus. Wenn Radwege auf der Straße geführt werden, sorgen wir unter anderem durch Fahrradstreifen oder auffällige Markierungen für mehr gegenseitige Sicherheit.

Außerdem setzen wir uns für eine Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur auf den innerörtlichen Kreisstraßen ein. Beim Winterdienst legen wir künftig ein besonderes Augenmerk auf Radwege. Diese sollen eine höhere Priorität beim Schneeräumen erhalten, da Radfahrerinnen und Radfahrer deutlich stärker von Schnee und Eis beeinträchtigt werden als Autofahrende und Fußgängerinnen beziehungsweise Fußgänger. So lassen sich Unfälle im Straßenverkehr vermeiden.

Stärkung des ÖPNV: Barrierefreiheit, Ausweitung und Elektrifizierung

Jeder Mensch hat ein Recht darauf, befördert zu werden. Daher lehnen wir den Einsatz von Reisebussen für Verstärkerfahrten auf unseren Regionalbuslinien ab, da diese nicht barrierearm sind. Wir stellen künftig die gleichen Anforderungen, die auch für reguläre Linienfahrten gelten, und ermöglichen, weil der Einsatz neuer Busse hierfür unwirtschaftlich ist, in den Ausschreibungen die Nutzung gebrauchter Niederflurbusse.

Den Fahrplan der Regionalbuslinien möchten wir weiter ausweiten, insbesondere an Wochenenden und Feiertagen. Der öffentliche Personennahverkehr muss auch in nachfrageschwachen Zeiten eine echte Alternative zum eigenen Auto sein. Gleichzeitig gilt im ÖPNV, dass das Angebot die Nachfrage schafft. Durch ein besseres Angebot steigern wir somit langfristig auch die Wirtschaftlichkeit unserer Buslinien. Bei den landkreisübergreifenden Linien setzen wir uns dafür ein, bestehende Lücken zu schließen und die Linienführung zu verbessern. Insbesondere die Umsetzung der landesbedeutsamen Buslinie Neustadt (Aisch) – Höchstadt (Aisch) – Forchheim ist uns ein wichtiges Anliegen.

Um den Zugang zum ÖPNV zu erleichtern, stattet wir zusammen mit den Kommunen Bushaltestellen mit Radparkplätzen aus und bauen an Haltestellen der Regionalbuslinien zusätzlich Park&Ride-Parkplätze. Bei künftigen Ausschreibungen fordern wir den Einsatz von batterieelektrischen Bussen und fordern den Aufbau der dafür notwendigen Schnell- und Depotladeinfrastruktur.

Flexible Lösungen und Schienenverkehr

Bei der Erschließung abseits der Hauptverkehrsachsen und für die Kombination aus nachfrageschwachen Zeiten und nachfrageschwachen Linien setzen wir weiterhin auf On-Demand-Verkehr, etwa Rufbusse oder Anruf-Sammeltaxis. Da bei On-Demand-Verkehren die Bestellung über das Telefon derzeit eine unnötige Nutzungsschwierigkeit darstellt, setzen wir uns dafür ein, dass die Buchung dieser Verkehre in die VGN-App integriert wird.

Im Bereich dieser Verkehre sowie für die letzte Meile als Zubringer zu den Hauptverkehrsachsen sehen wir großes Potenzial für autonome Busse. Daher beobachten wir die technische Entwicklung in verschiedenen Pilotprojekten und bewerten die Einsatzmöglichkeiten im Landkreis Erlangen-Höchstadt; für ein eigenes Pilotprojekt vor Ort sind wir offen. Auch wenn der

Schienenpersonennahverkehr nicht in die unmittelbare Verantwortung des Landkreises fällt, müssen einige Themen insbesondere bei der Gräfenbergbahn dringend angegangen werden.

Durch den schlechten Zustand der Infrastruktur kommt es häufig zu Schienenersatzverkehr, der insbesondere zu Schulbeginn und Schulschluss keine ausreichende Kapazität bietet, sodass Schülerinnen und Schüler auf den nächsten Ersatzbus warten müssen. Wir setzen uns daher bei der Bayerischen Eisenbahngesellschaft und der Deutschen Bahn dafür ein, dass im Schienenersatzverkehr ausreichend Kapazitäten bereitgestellt werden.

Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass die Gräfenbergbahn saniert wird, um die Infrastrukturmängel dauerhaft zu beheben. Langfristig soll die Gräfenbergbahn als S-Bahn nach Cadolzburg durchgebunden und elektrifiziert werden. Um die Elektrifizierung schneller zu erreichen, befürworten wir den Einsatz moderner Akkutriebwagen, wie sie im Schwarzwald und in Schleswig-Holstein bereits erfolgreich eingesetzt werden, da diese im Betrieb deutlich leiser und günstiger sind als die bisher verwendeten Dieseltriebwagen. Die Reaktivierung der Bahnstrecke Schlüsselfeld–Strullendorf für den Personenverkehr wollen wir in einer Machbarkeitsstudie prüfen.

Durch den positiven Bürgerentscheid zur Stadt-Umland-Bahn in Erlangen kann das L-Netz der StUB umgesetzt werden, sodass in der ersten Baustufe Herzogenaurach, Erlangen und Nürnberg angeschlossen werden. Darauf aufbauend können wir im Landkreis die StUB zu einem T-Netz vervollständigen, indem wir den Ostast umsetzen. Dieser bindet Buckenhof, Spardorf, Uttenreuth und Eckental an die Straßenbahn an und bietet die Möglichkeit, deutlich mehr Verkehr auf den ÖPNV zu verlagern als bislang mit dem Bus. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass dieser Ostast umgesetzt wird. Langfristig sehen wir aufbauend auf dem T-Netz der StUB die Möglichkeit, auch den Nordwesten des Landkreises wieder per Schiene zu erschließen. Durch Änderungen in der standardisierten Bewertung ist ein Nordwestast der StUB, ergänzt um Expressverkehr als Ersatz für bestehende Schnellbusse, wieder in den Bereich des Möglichen gerückt.

SCHULE VOR ORT

Bildung zukunftsfähig, inklusiv und sozial gerecht gestalten

Qualität sichern, Teilhabe garantieren: Soziale Verantwortung an Schulen

Bildung ist der Schlüssel zu einer gerechten und lebenswerten Zukunft. Wir Grüne setzen uns für starke, inklusive und zukunftsfähige Schulen ein, die flächendeckend, qualitativ hochwertig und sozial gerecht aufgestellt sind. Schule muss dort stattfinden, wo Kinder und Jugendliche leben; lange Fahrzeiten sind für uns keine Option. Wir stärken und sichern die hervorragende Arbeit der weiterführenden Schulen im Landkreis, die seit Jahren durch hohe Schülerzahlen und exzellente Angebote überzeugen. Jedes Kind soll einen guten Schulweg haben, und jede Schule soll die Mittel erhalten, um bestmögliche Bildung zu ermöglichen. Wo der Schulweg eine Beförderung notwendig macht, ist der Landkreis in der Pflicht, die Kosten zu tragen.

Darüber hinaus setzen wir uns für ein neues Angebot ein: Eltern sollen die Möglichkeit haben, für eine entsprechende Zuzahlung ein 365-Euro-Ticket für ihr Kind zu erwerben. Wir Grüne setzen uns außerdem für eine Stärkung der Jugendsozialarbeit an den Schulen des Landkreises ein, denn die

Bedarfe sind anhaltend hoch. Ebenso ist uns die Aufwertung der Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter ein wichtiges Anliegen, weil sie unverzichtbare Arbeit für die Teilhabe und individuelle Förderung vieler Kinder leisten.

Klimaresiliente Gebäude und moderne Lernumfelder

Die Schulen in unserem Landkreis sind insgesamt gut aufgestellt, doch Stillstand bedeutet Rückschritt. Viele Schulgebäude befinden sich in einem guten Zustand, an manchen Standorten besteht jedoch dringender Investitionsbedarf. Wir wollen Schulen, die konsequent auf die Zukunft ausgerichtet sind: modern, nachhaltig und pädagogisch durchdacht.

Der Klimawandel mit seinen zunehmenden Hitzetagen wird den Schulbetrieb künftig erheblich beeinflussen. Deshalb setzen wir uns für ein systematisches Monitoring aller Landkreisschulen ein, um zu prüfen, wo Handlungsbedarf besteht. Der Landkreis muss seiner Pflichtaufgabe nachkommen und den Schulbetrieb auch in Zukunft verlässlich gewährleisten – für Lernende, Lehrende und das Verwaltungspersonal. Dabei geht es nicht nur um die Gebäude selbst, sondern auch um Maßnahmen wie Schattenbäume auf Schulhöfen oder die Entsiegelung von Flächen, damit Schülerinnen und Schüler in den Pausen auch an heißen Tagen draußen sein können.

Wir unterstützen die Pflanzung von Obstbäumen und das Anlegen von Schulgärten als wichtigen Beitrag zur Umwelt- und Ernährungserziehung. Zugleich wollen wir an allen Landkreisschulen attraktive Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte, Lernende und das Verwaltungspersonal sicherstellen. Wir werden weiterhin regelmäßig an den Schulen vor Ort sein, mit Schulleitungen, Lehrkräften und Schülerinnen sowie Schülern im Gespräch bleiben und uns für die zügige Umsetzung notwendiger Maßnahmen einsetzen. Wo wir Handlungsbedarf erkennen, werden wir ihn konkret benennen und Lösungen vorantreiben.

Schulneubau und Inklusion: Investitionen in die Zukunft

Die Realschulen, Gymnasien und Förderschulen unseres Landkreises genießen zu Recht einen exzellenten Ruf. Die Wiedereinführung des G9, die neuen Herausforderungen durch Inklusion und Schulsozialarbeit sowie weiterhin hohe Schülerzahlen werden den Landkreis in den kommenden Jahren jedoch vor große Aufgaben stellen. Dazu gehören nicht nur barrierefreie Zugänge, sondern auch ausreichend Räume für moderne pädagogische Konzepte.

Wir Grüne sehen es als unsere Aufgabe, den finanziellen Spielraum für sinnvolle Maßnahmen zu schaffen – auch dann, wenn diese nicht förderfähig sind. Die kommende Wahlperiode ist geprägt von Planungen für Schulneubauten, und wir sehen insbesondere bei Gymnasien und Realschulen zusätzlichen Bedarf. Auch bauliche Ergänzungen, etwa infolge der Rückkehr zu G9 am Gymnasium Eckental, sind dringend notwendig. Containerlösungen können in diesem Zusammenhang nur eine kurzfristige Übergangsmaßnahme sein.

Ebenso setzen wir uns für den Bau des Eckentaler Schulschwimmbades ein. Besonders hervorzuheben ist die Arbeit unserer Förderschulen, die durch intensive Integrationsarbeit vielen Kindern den Übergang in Regelschulen ermöglichen; ihre Stärkung und ihr Ausbau sind uns ein großes Anliegen.

Berufliche Bildung und Fachkräfteesicherung

Die Berufsschulen im Landkreis leisten Hervorragendes, indem sie Jugendliche auffangen, die Gefahr laufen, aus dem System zu fallen, und ihnen neue Perspektiven in handwerklichen, technischen oder sozialen Berufen eröffnen. Gemeinsam mit den Ausbildungsbetrieben gewährleisten sie die Ausbildung dringend benötigter Fachkräfte. Wir unterstützen die enge Zusammenarbeit mit lokalen Betrieben aus Industrie, Handwerk und Gastronomie und sehen die moderne Ausrichtung unseres Berufsschulzentrums in Herzogenaurach und Höchstadt als besonders wichtig an. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die Einrichtung der neuen Fachschule für Künstliche Intelligenz. Auch die Fachakademien für Sozialberufe bilden dringend benötigte Fachkräfte aus; daher fordern wir den Ausbau der Ausbildungskapazitäten, um dem Fachkräftemangel gerade in diesem Bereich entgegenzuwirken.

Nachhaltiges Bauen als pädagogisches Konzept

Bei den notwendigen Neubauten im Schulbereich sehen wir große Potenziale für ökologisch nachhaltiges Bauen und moderne pädagogische Architektur, wie sie sich viele Schulleitungen wünschen. In den kommenden Jahren werden die Weichen dafür gestellt. Dabei gilt: Baukosten sind nicht das einzige Kriterium. Mutige Ideen müssen gefördert werden, weil sie im Unterhalt häufig langfristig wirtschaftlicher sind. Wir setzen uns dafür ein, dass zukunftsweisende, intelligente und klimaresiliente Neubauten und Erweiterungen realisiert werden. Gleichzeitig sollen auch Bestandsgebäude nach diesen Maßstäben ertüchtigt werden, damit sie langfristig den Anforderungen einer modernen und nachhaltigen Bildungslandschaft genügen.

INNOVATIV WIRTSCHAFTEN

Regionale Wertschöpfung und nachhaltige Transformation

Stärkung durch Wissenstransfer und Gründungsförderung

Wir wollen regionale Wertschöpfung, wirtschaftlichen Erfolg und Nachhaltigkeit in Einklang bringen. Erlangen-Höchstadt ist geprägt von starken mittelständischen Unternehmen und Global Playern wie Adidas, Schaeffler und Puma und bildet damit eine Wirtschaftsregion ersten Ranges.

Damit das so bleibt, schaffen wir die Voraussetzungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Wir unterstützen das geplante Technologietransferzentrum mit der Technischen Hochschule Nürnberg, das den Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in Schlüsseltechnologien fördert. Dieses Zentrum soll insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen sowie dem Handwerk helfen, sich weiterzuentwickeln und technologisch auf dem neuesten Stand zu bleiben.

Zudem sehen wir wertvolle Impulse für Gründungen und Start-ups, die eine zentrale Rolle bei der Transformation der Wirtschaft hin zu Nachhaltigkeit und Klimaneutralität spielen und deren Ansiedlung im Landkreis gezielt gefördert werden soll.

Rahmenbedingungen für eine zukunftsweise Wirtschaft

Wir begleiten die Kommunen dabei, eine ausgewogene und vielfältige Gewerbestruktur zu fördern, um die lokale Wirtschaft breiter aufzustellen und Abhängigkeiten zu reduzieren. Gleichzeitig setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft ein – etwa durch Digitalisierung, Verfahrensbeschleunigung und Bürokratieabbau. Der Landkreis soll dabei weiterhin eine aktive Rolle als Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Kommunen übernehmen und übergreifende Themen bündeln, beispielsweise Beratungsangebote für Existenzgründerinnen und -gründer oder zu aktuellen Herausforderungen wie Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz. Auch die Vermarktung regionaler Produkte, eine gute Klimaverträglichkeit und eine sparsame Nutzung von Gewerbeblächen sind für uns zentrale Anliegen.

DER KREISHAUSHALT

Generationengerechtigkeit als finanzielles Leitprinzip

Verantwortung und Solidarität: Der Spagat der Kreisfinanzen

Wir wollen solidarisch, nachhaltig und generationengerecht haushalten. Der Landkreis hat eine Schlüsselfunktion, denn er finanziert sich weitgehend über die Kreisumlage der Gemeinden und trägt damit direkt zu deren Handlungsfähigkeit bei. Gleichzeitig obliegen ihm zentrale Aufgaben – von der Bildung über die soziale Daseinsvorsorge bis hin zum Klimaschutz –, die keinen Aufschub dulden. Dieses Spannungsfeld erfordert eine sorgfältige Vorbereitung der Investitionsentscheidungen, darf aber niemals als Argument für Stillstand dienen. Der Landkreis wird seiner Verantwortung nur gerecht, wenn er seine vielfältigen Aufgaben verlässlich erfüllt und sie nicht auf Kosten der kommenden Generationen aufschiebt.

Menschenzentrierte Investitionen und langfristige Folgen

Es gilt, den Bedarf sorgsam zu erörtern und solidarische Entscheidungen zu treffen. Als Entscheidungskriterien dürfen nicht allein wirtschaftliche Aspekte herangezogen werden; vielmehr müssen die Bedürfnisse der Menschen vor Ort im Mittelpunkt stehen. Unser Leitprinzip lautet deshalb, überall dort zu investieren, wo es unmittelbar um die Menschen geht – aber verantwortungsvoll und mit klarem Blick auf die langfristigen Folgen.

Finanzielle Handlungsspielräume sichern

Um den benötigten finanziellen Handlungsspielraum zu schaffen, müssen Fördermöglichkeiten und Sonderprogramme der Europäischen Union, des Bundes und des Landes konsequent genutzt werden. Für sorgfältig begründete und nachhaltig in die Zukunft wirkende Investitionen ist zudem die Möglichkeit von Kreditaufnahmen in Betracht zu ziehen. Darüber hinaus wollen wir die bestehenden Verbindungen zur Landes- und Bundesebene nutzen, um für eine bessere Finanzierung der kommunalen Ebene zu werben.

KREISKRANKENHAUS ST. ANNA – DIE NEUE ANNA

Medizinische Daseinsvorsorge stärken

Bekenntnis zum Standort und bedarfsgerechte Entwicklung

Unser Landkreis betreibt ein Krankenhaus mit den Abteilungen Chirurgie und Innere Medizin sowie einer Intensivstation und einer Notfallaufnahme. Mit aktuell 80 Betten und einem Akut-Versorgungsauftrag liegt das Krankenhaus St. Anna im Vergleich zu anderen Häusern am unteren Rand der Kapazitäten und wird daher auch weiterhin nicht kostendeckend betrieben werden können. Wir bekennen uns ausdrücklich zum Erhalt unseres Kreiskrankenhauses St. Anna und setzen uns für seine bedarfsgerechte Weiterentwicklung ein. Diese sehen wir zum einen in der Einrichtung einer gerontologischen Fachabteilung und zum anderen im Ausbau der palliativen Versorgung für eine zunehmend älter werdende Bevölkerung. Wir Grünen halten eine ortsnahen Krankenhausversorgung für unverzichtbar und werden daher an unserem Landkreiskrankenhaus festhalten.

Investitionen, Kooperationen und Notfallzentrum

Hierfür ist es unserer Ansicht nach unumgänglich, den Sozialdienst in St. Anna zu stärken. Das Haus muss darüber hinaus am medizinischen Investitionsbedarf teilnehmen können, weshalb wir die notwendigen Investitionen, unter anderem in einen neuen OP-Bereich, grundsätzlich unterstützen. In Krisenzeiten wie diesen ist es wichtig, das Krankenhaus St. Anna auch als Notfallzentrum im Rahmen des Katastrophenschutzes zu stärken, etwa durch das Vorhalten wichtiger Impfstoffe oder für die akute medizinische Versorgung.

Sinnvolle Anpassungen in der Leitungsstruktur des Hauses tragen wir mit. Alle sich bietenden Möglichkeiten zu Kooperationen mit anderen Häusern, mit Fach- und niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten sowie mit Rettungsdiensten sollen genutzt und ausgebaut werden. Insbesondere ist die Zusammenarbeit mit der Universitätsklinik in Erlangen, gegebenenfalls mit neuen Schwerpunktsetzungen, zu intensivieren. Der erfolgreiche Aufbau der Endoprothetik in Zusammenarbeit mit der Universitätsklinik Erlangen ist hier ein richtiger und wichtiger Schritt in die Zukunft.

Fachpersonal gewinnen und regionale Verankerung fördern

Die gedeihliche Entwicklung des Krankenhauses St. Anna wird unseres Erachtens davon abhängen, ob weiterhin ein gut ausgebildetes und motiviertes Team von Ärztinnen und Ärzten sowie engagiertem Pflegepersonal vor Ort tätig sein kann. Hierzu ist es unerlässlich, qualifiziertes Fachpersonal aus anderen Ländern anzuwerben. Wir unterstützen ausdrücklich die Strategie zur Gewinnung von internationalem medizinischem und pflegerischem Fachpersonal. Zugleich braucht es eine gezielte Anstrengung, dieses Personal zu integrieren. Nur so kann unser Kreiskrankenhaus St. Anna seine Möglichkeiten zum Wohl der Patientinnen und Patienten erhalten und weiterentwickeln. Von Seiten des Landkreises braucht es die Verlässlichkeit, dass er bei allen Schwierigkeiten hinter den Beschäftigten seines Krankenhauses steht und ihre Arbeit wertschätzt. Die Essensversorgung in St. Anna soll unseres Erachtens regional und, wenn möglich, in Bio-Qualität bezogen werden. So trägt das Haus über die Gesundheitsversorgung hinaus zur Stärkung der regionalen Erzeugung von Lebensmitteln bei.

UMWELT, LANDWIRTSCHAFT UND ABFALLWIRTSCHAFT

Ökologische Fundamente sichern

Schutz der Natur: Biotope, Blühstreifen und Artenvielfalt

Unsere Natur ist die Grundlage unseres Lebens. Wir sehen es als gemeinsame Aufgabe von Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Wirtschaft an, sie zu schützen, zu erhalten und verantwortungsvoll zu gestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Wälder, Gewässer, Böden und die Artenvielfalt auch für kommende Generationen intakt bleiben.

Die Grünen fordern daher, dass die kreiseigenen Flächen naturnah bewirtschaftet werden. Entlang der Kreisstraßen soll das Straßenbegleitgrün durch Blühstreifen ersetzt werden, die Nahrung für Bienen und andere blütenbesuchende Insekten bieten. Die Aktualisierung der Biotopkartierung ist zudem dringend erforderlich. In weiten Teilen des Landkreises warten wir auf aktuelle Daten über den Bestand der nach §30 Bundesnaturschutzgesetz geschützten Biotopflächen; derzeit läuft in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Umwelt eine Neukartierung.

Wir Grünen fordern darüber hinaus eine stärkere Unterstützung der Kommunen bei der Ausweisung und Pflege von Landschaftsschutzgebieten. Dabei ist es uns wichtig, dass Naturschutz und kommunale Entwicklung zusammengedacht werden, um wertvolle Natur- und Erholungsräume dauerhaft zu sichern und mehr Artenvielfalt zu ermöglichen.

Zur Sicherung unserer Artenvielfalt ist außerdem ein angemessenes und koordiniertes Vorgehen gegen invasive Pflanzen erforderlich. Hier sehen wir den Landkreis in der Verantwortung, die Bekämpfung nachhaltig und wirkungsvoll zu organisieren, indem eine Strategie entwickelt wird, die Bürgerinnen und Bürger aufklärt und sie mittels einer Meldeplattform einbindet.

Zudem wollen wir darauf hinwirken, dass das Landratsamt in Zusammenarbeit mit der Naturschutzbehörde oder mit Landschaftspflegeverbänden Kommunen, Vereine und Besitzerinnen und Besitzer von Streuobstwiesen stärker über Pflege, Fördermöglichkeiten und rechtliche Aspekte informiert und sie dabei unterstützt, nicht nur neue Streuobstwiesen anzulegen, sondern diese auch dauerhaft als geschützte Biotope zu erhalten.

Der Landkreis soll sich außerdem dafür einsetzen, den Naturpark Steigerwald als Lebensraum für zahlreiche Pflanzen- und Tierarten zum Nationalpark zu erheben. Wir wollen, dass sich die Natur wieder nach ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten entwickeln kann. Indem sich die Gebiete des Nationalparks teilweise auf den Landkreis Erlangen-Höchstadt ausdehnen, sehen wir eine Aufwertung und eine größere Attraktivität unseres Landkreises.

Zukunftsfähige Landwirtschaft - Karpfen, Kren und Kirschen klimaresilient machen

Wir Grünen setzen uns für den Erhalt der kleinbäuerlichen Teich- und Landwirtschaft ein. Karpfen, Kren und Kirschen sind die drei prägenden Bereiche der Landwirtschaft unseres Landkreises und formen seit Jahrhunderten unsere Kulturlandschaft. Alle drei sind in Zeiten abnehmender Niederschläge und längerer Hitzeperioden zunehmend gefährdet. Durch die Verschiebung der Jahreszeiten und die frühe Blüte der Kirschen steigt die Gefahr von Ernteausfällen durch Spätfröste.

Die abnehmenden Niederschläge gefährden den Anbau von Meerrettich, der auf dem ausgetrockneten Boden bewässert werden muss; ebenso werden sie für die Teichwirtschaft zu einem existenzgefährdenden Problem, weil immer mehr Teiche durch die Folgen des Klimawandels trockenfallen. Eine Vertiefung der Teiche für landwirtschaftliche Zwecke und zur Wasserrückhaltung gilt es zu fördern. Anstatt ungenehmigten Teichauffüllungen mit Frischwasser tatenlos zuzusehen, sollte koordiniert gehandelt und die naturnahe Bewirtschaftung durch den Landkreis aktiv unterstützt werden.

Die im Landkreis betriebene Bewirtschaftung der Teiche führt immer wieder zu Interessenkonflikten zwischen den wirtschaftlichen Interessen der Teichwirtinnen und Teichwirte und dem Schutz der Artenvielfalt. Bei nachgewiesenen Schäden durch geschützte Arten wie Biber oder Kormorane muss die Geltendmachung der Schäden und deren Erstattung aus den einschlägigen Entschädigungsfonds zwingend Vorrang vor anderen Maßnahmen haben. Insbesondere die Zuschüsse für bereits an vielen Teichen erfolgte Steinschüttungen müssen unbürokratisch erfolgen; davon profitieren Biber und Karpfen gleichermaßen. Unter Einbeziehung der unteren Naturschutzbehörde können Teiche, die letztlich dauerhaft zu versiegen drohen, in wertvolle Biotope umgewandelt werden.

Gewässerschutz und Agrarwende: Nitratbelastung senken

Wir Grünen fordern außerdem verschärfte Auflagen, bessere Kontrollen und die Förderung praktikabler Alternativen wie organische Düngung, Humuserhalt und Humusaufbau, um den Nitrathaushalt zu senken. Im Landkreis Erlangen-Höchstadt sind die Nitratwerte im Grundwasser vielerorts zu hoch; etwa ein Fünftel der Messstellen überschreitet den Grenzwert nach der Nitratrichtlinie, sodass das Wasser dort nicht mehr als Trinkwasser geeignet ist. Um die Nitratbelastung nachhaltig zu reduzieren, sind gezielte Maßnahmen nötig, darunter die Verringerung der landwirtschaftlichen Düngung auf belasteten Flächen, längere Sperrfristen für die Ausbringung von Dünger, verpflichtender Zwischenfruchtanbau, eine konsequente Nährstoffbilanzierung sowie regionale, gewässerspezifische Agrarumweltprogramme, wie sie im Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm gefördert werden.

Kreislaufwirtschaft und Abfallmanagement der Zukunft

Auch in der Abfallwirtschaft steht der Landkreis vor wichtigen Aufgaben. Erlangen-Höchstadt nahm lange Jahre bei der Müllvermeidung in Bayern eine Spitzenposition ein, doch inzwischen steigen die Mengen an Gewerbe-, Rest- und Sperrmüll deutlich an. Im Interesse der Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler muss dieser Entwicklung in den nächsten Jahren entgegengewirkt werden. Insbesondere die bisher nahezu unbegrenzte Anfuhr von Sperrmüll ist zu überprüfen und gegebenenfalls mit Auflagen zu versehen.

Eine Kooperation mit Gebrauchwarenhäusern oder die Einrichtung einer eigenen Gebrauchwarenhalle auf den Wertstoffhöfen könnte die Kreislaufwirtschaft stärken. Um weiterhin hohe Quoten bei der Wiederverwertung zu erzielen, sollte die bisherige Sperrmüllkarte durch eine digitale Lösung ersetzt werden; ein solches digitales Angebot sollte künftig Bestandteil der Beauftragung der für die Sammlung zuständigen Unternehmen sein. Handlungsbedarf besteht auch bei der Behandlung des organischen Abfalls.

Die in den 1990er-Jahren im Landkreis eingeführte Trennung in organische und nicht-organische Abfälle und die Kompostierung der Bioabfälle waren damals in Bayern wegweisend; heute jedoch

erweist sich die offene Mietenkompostierung als technisch überholt und nicht mehr zukunftsfähig. Mit den zunehmenden Hitzetagen ist die Geruchsbelästigung für die Anwohnerinnen und Anwohner zudem unzumutbar geworden. Der Landkreis muss deshalb zusammen mit anderen Gebietskörperschaften neue Wege bei der Behandlung des Biomülls gehen.

Unser Ziel ist eine geschlossene Behandlung der organischen Abfälle, auch im Sinne des Klimaschutzes. Angestrebt werden soll die Errichtung oder Beteiligung an einer landkreiseigenen Vergärungsanlage, die den organischen Abfall zur Energieerzeugung nutzt. Die Flächen stillgelegter Deponien sollen ebenfalls durch Photovoltaikanlagen der Energieerzeugung dienen. Auch für Altfett sollte eine flächendeckende Sammlung aufgebaut werden, wofür ein nutzerfreundliches, nachhaltiges und möglichst regionales Sammelsystem zu wählen ist. Weggekippte Fettabfälle belasten die Kanalisation und Kläranlagen unnötig und führen zu höheren Kosten für Abwasserbehandlung und Kanalreinigung.

Angesichts teilweise steigender Müllmengen sind Strategien der Müllvermeidung im Landkreis verstärkt zu fördern; „Reparieren statt wegwerfen“ muss zur Leitlinie werden. In Kooperation mit Sozialaufhäusern und anderen Trägern sollen Repair-Cafés entstehen und beim Aufbau unterstützt werden.

JUGEND UND SOZIALES

Das soziale Netz engmaschig halten

Mehr als Pflicht: Freiwillige Leistungen als Grundpfeiler des Miteinanders

Die sozialen Aufgaben der öffentlichen Hand sind durch gesetzliche Vorgaben geregelt. Dazu zählen finanzielle Leistungen wie der Lebensunterhalt, beratende Angebote wie etwa der Pflegestützpunkt und unterstützende Maßnahmen wie die Wiedereingliederung in Arbeit oder Gesellschaft. Diese Pflichten bilden die Grundaufgaben, die der Landkreis erfüllen muss. Sie allein reichen jedoch nicht aus, um soziale Probleme aufzufangen, zu mildern oder gar zu beseitigen. Gerade die freiwilligen Leistungen tragen entscheidend zu einem guten sozialen Miteinander bei. Mit uns Grünen ist es in den vergangenen drei Jahrzehnten gelungen, ein Netz aus freiwilligen Leistungen zu knüpfen, das trägt und im Laufe der Zeit immer engmaschiger wurde – geleitet von der Vision, dass niemand in unserem Landkreis verloren gehen darf.

Prävention und Planungssicherheit: Gezielte Förderung im Sozialbereich

Unser Augenmerk als Bündnis 90/Die Grünen richtet sich daher auf die Übernahme und Sicherung dieser freiwilligen Leistungen und Aufgaben. Sie werden bewusst präventiv eingesetzt, bevor das sprichwörtliche Kind in den Brunnen fällt. Dazu zählen unter anderem Unterstützungsmaßnahmen speziell für Frauen und Familien, Anschubfinanzierungen für Familienstützpunkte sowie Zuschüsse für überörtliche Jugendarbeit.

Es freut uns, dass das von uns favorisierte Organisationsmodell eines Pflegestützpunktes im Landkreis umgesetzt wurde, bei dem der Landkreis – und nicht die Krankenkassen – die Beratung übernimmt. All diese Maßnahmen richten sich gezielt an einzelne Menschen oder an bestimmte Gruppen und stärken so die gesamte Gemeinschaft im Landkreis. Wir Grünen wollen, dass die

bisher gewährten freiwilligen Leistungen für Einrichtungen, Verbände und Vereine weitergeführt werden, damit diese für ihre Arbeit Planungssicherheit haben.

Uns ist bewusst, dass solche Förderungen nicht zu einem Automatismus werden dürfen, sondern regelmäßig auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden müssen. Wir leben in Zeiten knapper öffentlicher Kassen, von denen auch unser Landkreis betroffen ist. Angesichts steigender sozialer Ausgaben, insbesondere im Jugendbereich, ist es umso wichtiger, Fördermittel punktgenau einzusetzen. Nur so fühlen sich einzelne Menschen in ihrer Bedürftigkeit und Notlage tatsächlich gesehen und unterstützt – eine Grundvoraussetzung, um den sozialen Frieden zu sichern, auch in unserem Landkreis.

Den Staat in die Pflicht nehmen: Das Konnexitätsprinzip

Um eine gute Sozialpolitik gestalten zu können, müssen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Unser Anliegen kann nur mit zusätzlichen, im Landkreis bereitgestellten Mitteln vorangebracht werden. Der Staat und das Land Bayern sind in der Pflicht, Kommunen und Landkreise so mit Finanzmitteln auszustatten, dass sie ihre sozialen Aufgaben vor Ort bedarfsgerecht erfüllen können. Das Konnexitätsprinzip muss eingehalten werden: Wer Vorgaben und Maßnahmen beschließt, muss deren Umsetzung auch finanziell tragen. Nach unserer Überzeugung sollte zum Beispiel für das physische und psychische Wohl der Schülerinnen und Schüler in den Schulen das dortige Personal zuständig sein; folglich sollten die damit verbundenen Kosten beim Staat liegen und nicht wie bisher bei Landkreisen und kreisfreien Städten, die einen hohen finanziellen Anteil für Schulbegleitung und Jugendsozialarbeit tragen müssen.

Steigende soziale Lasten und Herausforderungen in der Jugendhilfe

Diese Voraussetzungen sind in der Realität leider nicht gegeben. Die Kosten im sozialen Bereich sind deutlich gestiegen, besonders in der Jugendhilfe, und unserer Auffassung nach wird sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren fortsetzen. Steigende Lohnkosten durch tarifliche Anpassungen einerseits und eine wachsende Aufgabenfülle in Sozialamt und Amt für Kinder, Jugend und Familie andererseits tragen ebenso dazu bei wie eine zunehmende Zahl von Hilfesuchenden mit höherem Unterstützungsbedarf in vielfältiger Form.

Auch die älter werdende Gesellschaft führt zu einem steigenden Bedarf an Beratung, Pflege und Hilfe beim Lebensunterhalt, etwa durch Wohngeld. Die Kosten in der Jugendhilfe sind besonders stark angestiegen. Dies betrifft zum Beispiel junge Erwachsene, die über das 18. Lebensjahr hinaus Hilfe zur Erziehung benötigen, darunter keineswegs nur Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Besonders gravierend sind die Belastungen durch sogenannte Systemsprenger, deren Betreuung jeden Haushaltsansatz im Jugendbereich sprengen kann. Für diese Kinder und Jugendlichen müssen erhebliche finanzielle Mittel eingesetzt werden, weil die bestehenden Betreuungssysteme nicht ausreichen und der Personalaufwand extrem hoch ist; die Verantwortung und die Kosten dafür trägt der Landkreis.

Prioritätensetzung und Entlastung der Kommunen

Deshalb fordern wir Grünen, dass der Kreistag künftig verstärkt Prioritäten setzen und genau abwägen muss, in welchen Bereichen die verfügbaren Mittel eingesetzt werden. Seinen Pflichtaufgaben wird der Landkreis weiterhin nachkommen müssen, und auch auf freiwillige

Leistungen kann nicht vollständig verzichtet werden. Für den neuen Landrat, gestützt durch das neu gewählte Kreisgremium, wird es eine zentrale Aufgabe sein, die bayerische Staatsregierung bei der finanziellen Ausstattung unseres Landkreises in die Pflicht zu nehmen. Es darf nicht sein, dass der Landkreis durch ständig steigende Kreisumlagen seine Kommunen so schwächt, dass ihnen vor Ort kaum noch Gestaltungsspielraum bleibt.

DIGITALISIERUNG FÜR BILDUNG UND VERWALTUNG

Sicher, barrierefrei und partizipativ

Sicherheit als Grundrecht: Cyber-Resilienz durch Kooperation

Die Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern eine zentrale Voraussetzung für moderne Bildung, eine effiziente Verwaltung und umfassende gesellschaftliche Teilhabe. Während andere Länder bereits flächendeckende Lösungen umsetzen, stockt der Fortschritt in vielen deutschen Kommunen. Veraltete IT-Systeme, überbürokratisierte Prozesse und unzureichende Sicherheitsstandards belasten Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Verwaltungen gleichermaßen. Häufig fehlt zudem eine konsequente Ausrichtung auf Barrierefreiheit und Mitgestaltung.

Das muss sich ändern – hin zu einer Digitalisierung, die Sicherheit, Zugänglichkeit und demokratische Teilhabe miteinander verbindet. Cyberangriffe auf kommunale Einrichtungen, Schulen oder Krankenhäuser sind längst Realität und keine abstrakte Bedrohung mehr. Viele Kommunen sind aufgrund begrenzter Ressourcen jedoch nicht in der Lage, ein angemessenes Maß an IT-Sicherheit bereitzustellen.

Die Antwort liegt in einer verstärkten Zusammenarbeit. Der kommunale IT-Dienstleister KommunalBIT zeigt, dass Kommunen durch interkommunale Kooperation bezahlbare und wirksame IT-Sicherheitsstandards aufbauen können. Wir fordern daher die verbindliche Beteiligung der Kommunen im Landkreis an solchen Verbünden, um Synergien zu nutzen und Sicherheitslücken zu schließen, sowie den Aufbau eines regionalen IT-Sicherheitszentrums, das nicht nur Angriffe abwehrt, sondern Schulen und Behörden kontinuierlich schult und im Ernstfall schnell handeln kann. Sicherheit im digitalen Raum verstehen wir als Grundrecht; Investitionen in die digitale Infrastruktur sind keine freiwillige Leistung, sondern eine Pflichtaufgabe zum Schutz sensibler Daten und zur Sicherung der Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Verwaltung neu denken: "Digital First, nicht Digital Only"

Eine moderne Verwaltung muss digital effizient arbeiten, ohne diejenigen zurückzulassen, die weiterhin auf analoge Zugänge angewiesen sind. Unser Leitprinzip lautet daher „Digital First, aber nicht Digital Only“. Alle wesentlichen Verwaltungsdienstleistungen – von der Kfz-Anmeldung bis zum Bauantrag – sollen vollständig online verfügbar sein, inklusive transparenter Informationen zum Bearbeitungsstand. Barrierefreiheit muss dabei von Beginn an Standard sein: Internetseiten, Apps und Dokumente sind so zu gestalten, dass sie etwa durch Leichte Sprache, Screenreader-Tauglichkeit und mehrsprachige Angebote für alle zugänglich sind. Auch die demokratische Teilhabe kann durch digitale Mittel gestärkt werden. Für Mitglieder des Kreistags soll die

Teilnahme an öffentlichen Sitzungen und Ausschüssen auch per Ton-Bild-Übertragung möglich sein, um Menschen mit gesundheitlichen, beruflichen oder familiären Einschränkungen die Mitwirkung zu erleichtern. Technik darf keine Hürde, sondern muss eine Brücke sein.

Chancengleichheit durch digitale Bildung

Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass digitale Bildung kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit ist. Noch immer hängt die technische Ausstattung von Schulen jedoch oftmals vom Zufall ab – und damit letztlich auch die Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche. Wir setzen uns für verlässliches Highspeed-Internet und moderne Endgeräte an allen Schulen ein. Jede Schule braucht darüber hinaus eine feste IT-Verantwortliche oder einen festen IT-Verantwortlichen vor Ort, um technische Störungen schnell zu beheben und Lehrkräfte zu entlasten. Regelmäßige Fortbildungen für Lehrkräfte, standardisierte und datenschutzkonforme Werkzeuge sowie eine pädagogisch sinnvolle Integration digitaler Medien sollen den Unterricht bereichern, ohne zusätzlichen bürokratischen Mehraufwand zu erzeugen. Der Schutz personenbezogener Daten von Schülerinnen und Schülern muss dabei höchste Priorität haben, mit klaren Regeln und unabhängigen Kontrollen.

Digitale Teilhabe und Demokratieförderung

Digitalisierung kann zudem neue Formen von Teilhabe ermöglichen, wenn sie bewusst gestaltet wird. Bürgerportale sollen ausgebaut werden, damit Anfragen, Schadensmeldungen, Terminbuchungen und andere Verwaltungsvorgänge online erledigt und mit transparenter Rückmeldung verfolgt werden können. Digitale Beteiligungsformate – von Ideenplattformen bis zu Online-Umfragen – sollen verbindlich genutzt werden, wobei deren Ergebnisse nachvollziehbar in politische Entscheidungen einfließen müssen. Die Digitalisierung verstehen wir insgesamt als demokratisches Projekt. Sie ist kein Selbstläufer, sondern ein Gestaltungsauftrag: sicher, um Vertrauen zu schaffen; barrierefrei, um niemanden auszuschließen; und partizipativ, um Demokratie zu stärken.

KATASTROPHENSCHUTZZENTRUM – FÜR SICHERHEIT UND ORDNUNG Resilienz und Ehrenamt stärken

Notwendige Investition in Sicherheit und Effizienz

Der geplante Bau eines modernen Katastrophenschutzzentrums im Landkreis Erlangen-Höchstadt ist eine notwendige Investition in Sicherheit und Resilienz. Eine solche Einrichtung stärkt die Handlungsfähigkeit von Feuerwehr und anderen Einsatzkräften und bündelt Ressourcen an einem Ort, was Kosten einspart und zugleich die Schlagkraft im Ernstfall erhöht. Gleichzeitig unterstützt ein leistungsfähiges Zentrum das ehrenamtliche Engagement, das für den Katastrophenschutz in Bayern unverzichtbar ist.

Klimaresilienz und Synergien bei der Standortwahl

Die geplante Anlage soll über eine optimale verkehrliche Anbindung an die Autobahnen A 73 und A 3 verfügen, um im Notfall kurze Anfahrtszeiten zu gewährleisten. Hinsichtlich des Bauwerks ist

durch den Einsatz von Systembauweisen eine wirtschaftliche und zugleich einsatztechnisch optimierte Lösung anzustreben. Für uns sind eine klimaresiliente Bauweise und eine möglichst autarke Energieversorgung unverzichtbare Anforderungen. Ergänzend befürworten wir die Einbindung des Neubaus des THW-Standorts Baiersdorf in die Planungen, um bestmögliche Synergieeffekte – auch wirtschaftlicher Art – zu erzielen. Der Standort des Zentrums muss so gewählt werden, dass es selbst bei Hochwasser, Starkregenereignissen oder Stromausfällen funktionsfähig bleibt.

Multifunktionale Nutzung und Bürgerbeteiligung

Wir sehen zudem das Potenzial einer multifunktionalen Nutzung, etwa als Ausbildungsstätte, als Lager für Schutzausrüstung und Hilfsgüter sowie als Koordinationszentrum in enger Zusammenarbeit mit dem Katastrophenschutz im Landratsamt und anderen Behörden. Bei der Entscheidung über den Standort sollen die Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Kommunen einbezogen werden; eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung ist für uns ein zentrales Ziel.